

Debatte zum Thema steuerfinanzierte Grundrente

von Herbert Rische

Hinsichtlich der Einschätzung, dass es in Zukunft zu einem Anstieg der Altersarmut kommen könnte und wir nach Wegen suchen müssen, dies zu vermeiden, besteht zwischen Anton Schaaf und mir kein Dissens. Diskutieren muss man aber über den Weg, wie der drohende Anstieg der Altersarmut vermieden werden kann.

Ich halte dabei die Forderung nach der Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente – vor allem, wenn man sie im Sinne der alten Vorschläge von Biedenkopf und Miegel ausgestaltet – für geradezu kontraproduktiv: Wenn man die Verantwortung des Staates in diesem Bereich auf eine steuerfinanzierte Einheitsrente für alle beschränken will und es darüber hinaus der Eigenverantwortung des Einzelnen überlässt, für eine weitergehende Absicherung zu sorgen, dann erzeugt man m. E. letztlich nicht weniger, sondern mehr Ungleichheit und Armutsrisiken im Alter. Zudem stünde eine steuerfinanzierte Grundrente immer wieder zur Disposition, wenn es um eine Begrenzung der staatlichen Ausgaben geht.

Ich halte es auch nicht für sinnvoll die Frage in den Vordergrund zu stellen, auf welche Weise die Lage von Menschen verbessert werden könnte, die im Alter von Armut betroffen sind – wir sollten vielmehr versuchen zu verhindern, dass Menschen im Alter überhaupt erst in Armut geraten. Nicht das Herumkurieren an den Symptomen, sondern die Bekämpfung der Ursachen muss im Vordergrund stehen. Wir leisten uns in Deutschland z.B. den Luxus, dass bestimmte Formen von Erwerbsarbeit von der Pflicht zur Altersvorsorge ausgenommen sind – mit der Folge, dass



↳ Dr. Herbert Rische ist Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund

Foto: www.deutsche-rentenversicherung.de

die Betroffenen im Alter häufig ungesichert sind. So könnte z.B. bereits die Einbeziehung von Selbständigen in die Rentenversicherung spätere Altersarmut in erheblichem Umfang vermeiden. Eine bessere rentenrechtliche Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit könnte die Altersarmutsrisiken von Menschen verringern, die während ihres Erwerbslebens längere Zeit arbeitslos waren. Eine bessere Absicherung bei Invalidität – nicht nur in der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern vor allem auch in der betrieblichen und privaten Vorsorge – käme ebenfalls gezielt Menschen zu Gute, bei denen Altersarmut ansonsten oft vorgezeichnet ist. Und schließlich könnte durch wirtschaftspolitische oder tarifvertragliche Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Einkünfte der Erwerbstätigen existenzsichernd sind und damit auch für die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung im Alter ausreichen.

Mit derartigen Maßnahmen lässt sich m. E. sicherstellen, dass für die ganz große Mehrzahl der Menschen die Gefahr von Armut im Alter vermieden werden kann. Wenn man die Diskussion um Altersarmut dagegen auf vermeintlich einfache kompensierende Transferleistungen – wie etwa eine steuerfinanzierte Grundrente – konzentriert, vermeidet man gerade eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen des möglichen Anstiegs der Altersarmut. Der Weg in eine steuerfinanzierte Grundrente ist aus meiner Sicht deshalb letztlich ein Irrweg. ■